archive.today
webpage capture
Gespeichert von https://www.cicero.de/innenpolitik/warum-islamismus-mit-demokratie-unverei suchen
keine andere Mementos dieser url
12 Sep. 2026 11:10:19 UTC
Alle Mementos von Domain www.cicero.de
Abbild Bildschirmfoto
teilen download .zip einen Fehler oder Missbrauch melden Kauf mir einen Kaffee



Demonstranten mit islamistischer Shahada-Fahne in Berlin, 05.07.2025 / picture alliance / ZUMAPRESS.com | Michael Kuenne

Warum Islamismus mit Demokratie unvereinbar ist

Keine Toleranz für den islamistischen Herrschaftsanspruch

Religionsfreiheit gehört zum Fundament der Demokratie – der Anspruch, die Scharia zum verbindlichen Recht zu machen, steht dazu im Widerspruch. Islamismus ist nicht nur religiöser Fanatismus, sondern eine totalitäre Ideologie, die weltweit herrschen will.

VON WAHIED WAHDAT-HAGH am 12. September 2026 6 min

In einer rechtstaatlichen Demokratie darf jeder Mensch seinen Glauben frei ausüben. Die Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus ist daher sinnvoll, weil man zwischen Glaubensfreiheit der Muslime und der Umsetzung eines fanatisch interpretierten islamischen Rechts unterscheiden sollte. Tatsächlich wird der Islam

AUTORENINFO

Wahied Wahdat-Hagh ist Politologe und Soziologe. Von 2009 bis 2013 gehörte er dem ersten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus für den Antisemitismusbericht des Bundestags an.

dann zu einer politischen Gefahr, sobald die Scharia zum verbindlichen Recht für alle erhoben werden soll. Denn bei der Scharia handelt es sich um ein anachronistisches Rechtssystem, das mit der modernen Vorstellung einer rechtsstaatlichen Demokratie unvereinbar ist, erst recht, wenn sie von fanatischen Predigern propagiert wird.

Im Kampf um die gewaltsame Durchsetzung der Scharia, ob in Teheran, Kabul oder Gaza, werden auch Anschläge in Berlin, Paris oder London organisiert. Die Scharia ist rückwärtsgewandt; aber erst der totalitäre Anspruch, sie mit Gewalt durchzusetzen, macht den Terror zu einer grenzüberschreitenden Bedrohung. Vor diesem Hintergrund ist der Islamismus als eine Ideologie zu verstehen, die in ihren verschiedenen Ausprägungen ein Herrschaftssystem anstrebt, das nach dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus als dritte Spielart totalitärer Herrschaft bezeichnet werden kann. Auch wenn dieser politische Wille in allen drei Formen bisher gescheitert ist.

SO ERREICHEN SIE WAHIED WAHDAT-HAGH:

Zur Artikelübersicht

CICERO NEWSLETTER

Erhalten Sie täglich exklusive Analysen und Hintergrundberichte aus der Cicero Redaktion per E-Mail.



ANMELDEN

Freiheit und Herrschaft

Wie bereits der Staatsrechter Hans Kelsen (1881–1973) festgestellt hat, ist jede soziale Ordnung auf Herrschaft angewiesen. Politische Freiheit bedeutet dabei, an der Bildung des herrschenden Willens mitzuwirken. Das heißt, die Mehrheit soll entscheiden, ohne die Minderheit zu unterdrücken. Dazu muss ein größtmögliches Maß an politischer Freiheit gewährleistet sein. Genau dieser Ansatz der gleichen Bürgerrechte ist in der politischen Ideologie des Islamismus ausgeschlossen. Islamisten lehnen die Kritikfähigkeit des Bürgers ab. Kritik wird als Gotteslästerung verstanden. Dies führt dazu, dass Kritiker weltweit verfolgt und eingeschüchtert werden.

Lesen Sie auch



C+ Polizei-Gewerkschaftler Ostermann nach CSD-Anschlag

„Die Islamisten lachen sich tot über die Unfähigkeit, das Problem beim Namen zu nennen“

Islamisten betrachten die Scharia nicht lediglich als Grundlage der persönlichen religiösen Lebensführung, sondern als eine für alle verbindliche Rechtsordnung. Selbst in den vergleichsweise toleranten Phasen der islamischen Geschichte mussten Andersgläubige eine Sondersteuer entrichten. Diese Epochen gelten vor allem deshalb als verhältnismäßig tolerant, weil die heutigen Freiheitsrechte damals nirgendwo umfassend anerkannt waren und Andersgläubige in islamisch beherrschten Regionen gegen Zahlung dieser Steuer zumindest eine gewisse religiöse und gesellschaftliche Freiheit genossen.

In der immer kleiner werdenden Welt heute sind aber in den meisten islamisch geprägten Staaten gleiche Bürgerrechte kaum verwirklicht, und in islamistischen Diktaturen wie Iran und Afghanistan werden sie systematisch unterdrückt. Demokratische Muslime müssen sich daher von der Scharia als staatlichem Gesetz verabschieden. Ein demokratischer Muslim sollte und muss somit seine Auslegung der Religion den menschenrechtlich-demokratischen Werten unterordnen.

Negative und positive Freiheit

Der Historiker Timothy Snyder beschreibt negative Freiheit als Freiheit von äußeren und staatlichen Zwängen. Auf den religiösen Bereich übertragen bedeutet dies, dass niemand zum Gebet, zum Tragen religiöser Kleidung, zu einer bestimmten Form der Ehe oder zur Unterordnung unter eine religiöse Autorität gezwungen werden darf. Ebenso darf kein Mensch wegen eines Glaubenswechsels, seiner sexuellen Orientierung, seiner politischen Überzeugungen oder seiner Lebensweise verfolgt, inhaftiert oder hingerichtet werden.

Dies widerspricht nicht nur dem islamistischen Herrschaftsanspruch und dem Selbstverständnis vieler islamisch geprägter Staaten, in denen das Nein des Bürgers als Gefährdung der staatlichen Ordnung betrachtet wird, sondern zeigt sich auch in den Strukturen mancher religiöser Gemeinden in westlichen Demokratien, in denen sich Parallelgesellschaften zunehmend verfestigen. Kinder, die in solchen Strukturen aufwachsen, sind häufig religiösen und sozialen Zwängen ausgesetzt, die den Freiheitsrechten der liberalen Ordnung entgegenstehen. So entsteht ein Widerspruch zwischen der nach außen meist kaum sichtbaren Erziehung innerhalb der religiösen Gemeinde und den freiheitlichen Grundsätzen, die den Kindern in der Schule (im besten Fall) vermittelt werden.

Lesen Sie auch



Islamistischer Anschlag in Berlin

Wir haben uns unsere Art zu leben längst nehmen lassen

Hier kommt die positive Freiheit ins Spiel: die wirkliche Fähigkeit, das eigene Leben zu gestalten, selbstständig zu denken und unabhängig die Wahrheit zu suchen. Die Unterscheidung hat Timothy Snyder für die Gegenwart neu zugespitzt: Freiheit erschöpft sich nicht darin, dass der Staat bestenfalls einen Schutzraum für den Bürger schafft. Die positive Freiheit fordert, dass gesellschaftliche Voraussetzungen und Handlungsräume geschaffen werden, die Menschen überhaupt erst in unabhängiger Weise handlungsfähig machen.

Der Islamismus greift beide Formen der Freiheit an. Er verletzt die negative Freiheit durch religiös begründeten Zwänge und lässt die positive Freiheit, neue Lebensformen auszuprobieren, nicht zu.

Wie transnationale Repression funktioniert, zeigt sich am Beispiel des Iran besonders deutlich: Die Revolutionsgarden beauftragen Handlanger, darunter Angehörige der russischen Mafia sowie kriminelle Schlägergruppen aus Rumänien und sogar Schweden, um Iraner zu bedrohen, die sich im Exil für die Freiheit ihres Landes einsetzen. Die Botschaft an die Exiliraner ist eindeutig: Sie sollen sich auch außerhalb des Iran nirgendwo sicher fühlen.

Diese Vorgänge zeigen, dass der Herrschaftsanspruch des Regimes weder am Pass noch an der Staatsgrenze endet. Der Islamismus versucht vielmehr, in die Rechtsordnung freiheitlicher Demokratien hineinzuregieren.

Keine Neutralität gegenüber dem Islamismus

Muslimische Bürger tragen hierzulande eine besondere Verantwortung, wenn Islamisten islamische Begriffe vereinnahmen und den Anspruch erheben, für alle Muslime zu sprechen. Es reicht in der Tat nicht aus, lediglich zu erklären, der Islamismus habe mit dem Islam nichts zu tun. Vielmehr bedarf es eines klaren

Bekenntnisses zu den Werten des Grundgesetzes und der entschiedenen Verteidigung der in den ersten 20 Artikeln verankerten Grundrechte sowie den Prinzipien von Demokratie, Republik, Bundesstaatlichkeit, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit.

Lesen Sie auch



Jahresbericht des Bundesverfassungsschutzes
Geschätzte Zahlen und Ignoranz gegen den Islamogauchisme

Muslime, die in westlichen Demokratien leben, sollten sich von demokratieunfähigen islamischen Staaten distanzieren und ihre religiöse Identität nicht an ihnen ausrichten. Es fördert nicht die Demokratie, wenn sie beispielsweise auf Demonstrationen die Fahnen islamistischer Diktaturen und Bilder ihrer Führer hochhalten, als würden ausgerechnet diese Regime ihre Freiheit im Westen gewährleisten.

Der Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt hat in seinem Werk über die Universalität der Menschenrechte die Frage aufgeworfen, inwieweit die westliche Menschenrechtsidee in islamischen Rechts- und Staatsvorstellungen Anerkennung findet. Heute wissen wir, dass die Scharia als staatliches Gesetz sowohl in islamistischen Diktaturen als auch in den meisten anderen islamischen Staaten mit der liberalen Demokratie unvereinbar ist. Vor diesem Hintergrund muss ein freiheitlicher Staat konsequent gegen den Islamismus vorgehen.

CICERO NEWSLETTER

Exklusive Einblicke ins politische Geschehen

Ihre E-Mail-Adresse

Einverständniserklärung
Ich stimme zu, dass Cicero mich per E-Mail kontaktiert, um mir Nachrichten, Updates und Informationen für Marketingzwecke zuzusenden.

ANMELDEN



BSW-Spitzenkandidatin in Sachsen-Anhalt
„Die AfD spricht gerade nicht mit einer Zunge, sondern mit fünf“



„Wir gegen die“
Die Mitte ist kein Einheitsblock

Mehr lesen über

Islam | Islamismus | Scharia | Demokratie | Freiheit | Menschenrechte | Diktatur

Diskutieren Sie mit ▾

INNENPOLITIK

Die Mitte ist kein Einheitsblock

Das Regenwald-Desaster beschleunigt Merz' Autoritätsverlust

Zwei Wahlen, ein Muster

AUSSENPOLITIK

Geheime Dokumente belasten Marokko schwer

„Für alle Seiten ist es verzweifelt"

„Was wir in Ungarn sehen, ist der Geist der Rache"

WIRTSCHAFT

Der Bondmarkt wird zum neuen Herrn der Politik

Eckpunkte für eine vernünftige Sozialstaatsreform

Die Misere kommt endgültig auf dem Arbeitsmarkt an

KULTUR

Sittenwächter übernehmen die Heinrich-Heine-Universität

Die Factchecker des MDR zeigen, wie aus Faktenchecks Desinformation werden kann

Das El-Hissy-Ablenkungsmanöver

PODCASTS

Cicero Podcast Politik: „Die Brandmauer in MV könnte fallen, wenn ..."

Cicero Podcast Politik: „West-Parteien haben die Ostlandschaft nicht verstanden"

Cicero Podcast Gesellschaft: „Die Brandmauerdebatte ist die neueste Spielart des Historikerstreits"

CICERO +

Keine Toleranz für den islamistischen Herrschaftsanspruch

„Die AfD spricht gerade nicht mit einer Zunge, sondern mit fünf"

„Wenn die apokalyptischen Reiter gekommen wären, hätte mich das nicht gewundert"

Newsletter Impressum Nutzungsbedingungen Datenschutz Datenschutz-Einstellungen AGB Media print Der Verlag Verträge hier kündigen

Realisiert durch Kontrollfeld